

Zürich, 29. August 2026 – öffentlich

Verurteilung von Besetzungen und illegalen Demonstrationen

Medienmitteilung der Jungfreisinnigen Stadt Zürich

Wie zahlreiche Medien berichten, haben Aktivistinnen und Aktivisten am Freitagabend, 28. August 2026, den Lindenhof in der Zürcher Altstadt besetzt. Mit der Aktion wollen sie gegen die europäische Migrationspolitik, gegen Kriege und gegen die Aufrüstung protestieren. Die Polizei greift gegen diese illegale Aktion nicht ein: Der Stadtrat bindet ihr dabei die Hände.

Leider ist dieser Fall in der Stadt Zürich kein Einzelfall. Der Zürcher Stadtrat und das Sicherheitsdepartement von Karin Rykart (Grüne) legen der Polizei bei der Durchsetzung des geltenden Rechts immer wieder Steine in den Weg. "Frau Stadträtin Karin Rykart muss sich ernsthaft überlegen, ob Sie Ihrem Amt als Vorsteherin des Sicherheitsdepartements gewachsen ist. Die Duldung einer illegalen Besetzung mitten in der Stadt Zürich ist absolut inakzeptabel", sagt Elias Pernet, Präsident der Jungfreisinnigen Stadt Zürich. "Als Sicherheitsvorsteherin hat Frau Rykart die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nicht diejenigen von illegalen Demonstranten", führt Vizepräsident Kevin Ehrler aus.

Für uns Jungfreisinnige ist klar: Demonstrieren ist ein demokratisches Recht. Dieses muss jedoch friedlich und im Rahmen der Gesetze ausgeübt werden. Illegale oder gewalttätige Demonstrationen sowie Hausbesetzungen sind gesetzlich nicht legitimiert und dürfen deshalb nicht toleriert, sondern müssen konsequent geahndet werden. Der Polizei sind dazu die notwendigen Mittel und Kompetenzen zuzusprechen.

Deshalb fordern die Jungfreisinnigen Stadt Zürich:

- Die sofortige Auflösung der Besetzung auf dem Lindenhof.
- Die strikte Durchsetzung gegen Besetzungen und illegalen Demonstrationen.
- Die Bereitstellung der nötigen Mittel für die Polizei zur Bekämpfung illegaler Demonstrationen und Besetzungen; dazu zählen insbesondere Wasserwerfer, Gummischrot und Reizstoffe.
- Die Pflicht für illegale Demonstrantinnen und Demonstranten, selbst für die verursachten Kosten aufzukommen und zusätzlich eine Busse für ihre Aktion zu bezahlen.
- Die konsequente Umsetzung des Gegenvorschlags zur Anti-Chaoten-Initiative, der am 3. März 2024 angenommen wurde.
- Eine Stellungnahme von Karin Rykart und eine Rechtfertigung der Entscheidungsfindung in diesem Fall.

Für Rückfragen steht Ihnen das Präsidium gerne zur Verfügung.



Elias Pernet
Präsident
elias.pernet@jfz.ch
078 649 99 91



Karla Lamesic
Vizepräsidentin
karla.lamesic@jfz.ch



Kevin Ehrler
Vizepräsident
kevin.ehrler@jfz.ch
079 363 80 48